

Rechts und radikal liberal

Zur inneren Verwandtschaft von Rechtsextremismus und Libertarismus

von Elias Hechinger

39

Während sich die frühe politische Rechte durch einen völkisch-nationalistischen Antikapitalismus auszeichnet, lassen sich innerhalb der Neuen Rechten diesbezüglich neue Entwicklungstendenzen beobachten. So treten im deutschsprachigen Raum libertäre Akteur*innen, spätestens seit dem Erstarken der *Alternative für Deutschland* (AfD), vermehrt im politischen wie auch gesamtgesellschaftlichen Diskurs auf. Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage, welche Anknüpfungspunkte von marktradikalen respektive libertären Ansichten an rechtsextreme Einstellungen bestehen. Nach einer Erläuterung der Termini Neue Rechte und Libertarismus wird gezeigt, dass zwischen einer radikal wirtschaftsliberalen und rechtsextremen Weltauffassung partielle Gemeinsamkeiten bestehen. So bilden ein spezifischer Antiegalitarismus, eine Naturalisierung gesellschaftlicher Sachverhalte sowie eine gemeinsame Feindbildkonstruktion die verbindenden Elemente beider auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen fußenden Ideologien. Dies führt zu neuen Allianzen und Bündnissen innerhalb des neurechten Spektrums und folglich zu einer Erweiterung desselben.

abstract

Schlagwörter

Libertarismus; Marktradikalismus; Rechtsextremismus; Sozialdarwinismus; Neue Rechte

Einleitung

Im deutschsprachigen Raum ist das Magazin *eigentlich frei* das wohl bekannteste Forum für libertäre bzw. radikal (wirtschafts-)liberale¹ Debatten. Im Editorial einer aktuellen Ausgabe beschreibt André F. Lichtschlag, Herausgeber und Chefredakteur des Magazins, die aktuelle politische Lage und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen aus libertärer Sicht. Dort heißt es unter anderem Corona sei eine künstlich aufgebauchte Pandemie, der Klimawandel existiere nicht, es gebe zwar „ein paar unverbesserliche Nazis und Irre“ und „hin und wieder werden auch Frauen, Schwule oder Fremde beschimpft“, dies alles stehe aber in keinem Verhältnis, „was uns die Propaganda an Klimawahn, Gender-Gaga oder der täglichen Dosis Rassismus zumutet“ (Lichtschlag, 2021, S. 3). All dergleichen seien nur Vorwände, „um immer nur noch hemmungsloser umzuerziehen, umzuerteilen und abzukassieren“ (ebd., S. 3). Die Gesellschaft befinde sich allgemein auf dem Weg, bzw. schon direkt in der Diktatur, gedeckt durch die „Propagandapresse“, die die „größte und einzige Oppositionspartei in Deutschland“ (ebd., S. 3), gemeint ist die AfD, mundtot macht. Das Editorial endet mit den Worten „Kein Fußbreit den neosozialistischen Ausbeutern aller Couleur! Mehr Freiheit!“ (ebd., S. 3).

Das verwendete Vokabular erinnert hierbei weniger an klassisch liberale Argumentationsmuster, sondern vielmehr an den Jargon der Neuen Rechten. So affirmieren zahlreiche Artikel des Magazins die bei Rechtsextremen beliebte Verschwörungstheorie des „Großen Austauschs“, was für Armin Pfahl-Traugher (2020) ein Hinweis darauf ist, dass die deutsche Neue Rechte mit den Libertären über gewisse Schnittmengen verfügt. Die Annahme einer partiellen Überschneidung von Rechtsextremen und Libertären verdichtet sich bei der genaueren Betrachtung weiterer Aussagen prominenter deutschsprachiger Libertärer. So fordern der Volkswirt Hans-Hermann Hoppe, der noch in den 1970er Jahren bei Jürgen Habermas promovierte, und Markus Krall, Hauptgeschäftsführer von Degussa Goldhandel und Träger des Roland-Baader-Preises, ganz offen die Abschaffung der Demokratie zugunsten einer reinen Privatrechtsgesellschaft mit monarchistischen Zügen (Hoppe, 2005; Krall, 2020). André F. Lichtschlag spricht sich ferner in der neurechten *Sezession* für einen Schulterchluss zwischen „Konservativen“ und Libertären aus (Lichtschlag, 2003). Lichtschlag forderte in einem Artikel in der *Welt* ebenfalls, mit Bezug auf Hoppe und Friedrich August von Hayek, den Entzug des Wahlrechts für „Nettostaatsprofiteure“, wonach nur noch Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen aus der freien Wirtschaft wählen dürften (Lichtschlag, 2006). In libertärer Lesart dürfen folglich

nur „Leistungswillige“ ein demokratisches Grundrecht wahrnehmen, der Rest sind „staatsabhängige Asoziale“ (Lichtschlag, 2006), denen man politische Meinungs- und Willensbildung abspricht.

Erstaunlicherweise existiert in der deutschsprachigen (sozial-)wissenschaftlichen Forschung eine Lücke bezüglich der Verbindung von Libertarismus und der Neuen Rechten, wurden doch Begriffe wie libertär und Libertarismus eher dem US-amerikanischen Kontext wie beispielsweise der *Tea-Party* Bewegung oder dem *Cato-Institute* zugeordnet, was auch den mangelnden Forschungsstand zum Thema Libertarismus in Deutschland erklärt. Ausnahmen bilden die Recherchen des Soziologen Andreas Kemper (2020a, 2020b) sowie des Historikers Quinn Slobodian und Politikwissenschaftlers Dieter Plehwe (2020), deren Arbeiten sich mit Markus Krall sowie demokratiefeindlichen Netzwerken und Umsturzphantasien innerhalb des deutschsprachigen libertären Spektrums auseinandersetzen, im Rahmen dieses Artikel aber nicht weiter vorgestellt werden können. Die Neue Rechte wird aktuell international zwar gut erforscht, hinsichtlich marktfundamentalistischer Akteur*innen und Netzwerke sowie der inneren Verwandtschaft beider Ideologien existiert jedoch augenscheinlich ein Vakuum.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Frage, welche Anknüpfungspunkte von

marktradikalen respektive libertären Ansichten an rechtsextreme Einstellungen bestehen. Da sich die Neue Rechte als antiliberal charakterisieren lässt und der Libertarismus *per definitionem* eine radikal liberale politische Philosophie darstellt, stellt sich die Frage, wie die Verbindung dieser beiden Positionen gelingen konnte, sind sie doch dem Anschein nach miteinander unvereinbar. Zur Beantwortung der Forschungsfrage sollen im ersten Schritt in aller Kürze die zentralen Charakteristika der Neuen Rechten präsentiert werden. Im Anschluss daran werden die konstitutiven Merkmale des Libertarismus vorgestellt. Daran anschließend soll die Frage geklärt werden, wie sich der Wunsch nach größtmöglicher individueller und wirtschaftlicher Freiheit mit Nationalismus und völkischem Denken vereinen lässt. Im Zentrum stehen hierbei sozialdarwinistische Ansichten, eine Naturalisierung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte sowie der offene Kampf gegen linksgerichtete Kräfte, die als „Scharnier“ zwischen Rechtsextremismus bzw. der Neuen Rechten und dem Libertarismus fungieren.

Strategische und politische Ziele der Neuen Rechten

Zwar wird die Bezeichnung ‚Neue Rechte‘ in politikwissenschaftlichen und journalistischen Diskursen in verschiedenen Zusammenhängen verwendet, allgemein

dient der Begriff jedoch als Bezeichnung für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf die Ideen der „Konservativen Revolution“ zu Zeiten der Weimarer Republik stützt (Pfahl-Traughber, 2006, S. 44; Salzborn, 2014, S. 63f.). Bei der Neuen Rechten handelt es sich jedoch nicht um eine homogene Gruppe oder um Akteur*innen, die sich in formalen Organisationen zusammenschließen. Feste Organisationsstrukturen, Parteien oder Vereine existieren nicht, vielmehr handelt es sich um ein Netzwerk unterschiedlicher Publizist*innen. Hinsichtlich der Berufung auf die Konservative Revolution, ein von Armin Mohler (1950) geprägter Begriff, bestehen jedoch ideologische Gemeinsamkeiten (Pfahl-Traughber, 2019). Die politischen Ziele der Neuen Rechten bestehen im Wesentlichen aus der Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik sowie in der Erringung einer (rechten) „kulturellen Hegemonie“ (Salzborn, 2017, S. 35; Griffin, 2000; Weiß, 2017). Im Zentrum der Neuen Rechten steht somit die Auffassung, dass ein geistiger Wandel einem politischen Wandel vorausgehen müsse. Das metapolitische Anliegen der Neuen Rechten betont insofern die intellektuellen Schwächen des „klassischen“ Rechtsextremismus neonazistischer Prägung und setzt ihm eigene, theoretisch und konzeptionell fundierte Politikansätze entgegen. Die metapolitische Intellektualisierung zielt daher darauf ab,

völkische Positionen, die ein Kernmerkmal der Neuen Rechten sind, umfangreich mit Referenzen aus Geisteswissenschaften und Ideengeschichte zu begründen (Salzborn, 2017, S. 37).

Zentraler Topos der Neuen Rechten ist die Annahme der Ungleichheit aller Menschen, wie sie im Rechtsextremismus konstitutiv ist. Diese Ungleichheit wird nach wie vor ethnisch, aber nicht mehr explizit rassistisch zu begründen versucht. Der daraus resultierende Antiuniversalismus mündet nicht, wie in der NS-Ideologie, in der Vernichtungs- sondern in einer Segmentierungsvorstellung, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien, was auch als Ethnopluralismus bezeichnet wird (Salzborn, 2017, S. 39). Ein völkischer Nationalismus in Verbindung mit einem autoritären Etatismus, der sich außenpolitisch in ethnopluralistische Konzepte übersetzt, sind weitere gesellschaftliche Ideale der Neuen Rechten. Eine zentrale Rolle kommt ferner den (intellektuellen) Eliten zu, denen eine Führungsverantwortung zugeschrieben wird, wodurch Elitenvorstellungen als Gegensatz zum Gleichheitsideal verkündet werden (Pfahl-Traughber, 2019).

Die Ideologie der Neuen Rechten besteht folglich aus diversen Aspekten, die traditionell dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Allen voran das Primat

der Ungleichheit bzw. ein Antiuniversalismus, eine „Freund-Feind“-Dichotomie, das Postulat der Homogenität bzw. der Soziobiologie, ein völkischer Nationalismus sowie ein autoritärer Etatismus sind konstitutive Merkmale der Neuen Rechten. Damit strebt die Neue Rechte die Überwindung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates an; insofern ist die Bekämpfung der liberal-rechtsstaatlichen Demokratie an sich als Ziel dieser Strömung zu verstehen.

Die Neue Rechte entdeckt den freien Markt

Bezüglich ökonomischer Fragen scheint ein völkischer und regressiver Antikapitalismus, wie er konstitutiv für „klassische“ Parteien der extremen Rechten ist (Barthel & Jung, 2013, S. 25, 44; Puls, 2012, S. 33f.), nicht mehr ideologischer Konsens zu sein. Diese Art der Kapitalismuskritik zeichnet sich dadurch aus,

dass sie die ‚Schuld‘ an der kapitalistischen Ausbeutung fremden Finanzmächten zuschreibt, die angeblich von jüdischer Seite kontrolliert würden. Als positiven Gegenentwurf idealisiert sie die völkische Nation, den Staat als deren Form und die Arbeit als völkische Tugend. Der diesen Momenten innewohnende Zusammenhang ist ihnen nicht bekannt. (Barthel & Jung, 2013, S. 25)

Der Kern dieser Kritik ist somit eine antisemitische Weltdeutung, die sich – nicht nur, aber insbesondere – auf wirtschaftliche Aspekte bezieht, zugleich jedoch auch untrennbar verbunden mit einer weitaus umfassenderen Ideologie ist, die sowohl politische, kulturelle als auch soziale Aspekte der modernen Gesellschaft plausibel machen will.

Dem Anschein nach versuchen Libertäre, also radikal wirtschaftsliberale Akteur*innen, die staatliches Handeln auf ein absolutes Minimum begrenzen wollen oder für die Abschaffung des Staates an sich zugunsten einer reinen „Privatrechtsgesellschaft“ plädieren, um Allianzen innerhalb des neurechten Spektrums zu buhlen. Diese Entwicklung findet nicht nur im Verborgenen oder innerhalb einschlägiger Debatten (z.B. Hoppe, 2018; Lichtschlag, 2003) statt, sondern lässt sich auch in öffentlichen Diskussionen erkennen, zum Beispiel an innerparteilichen Auseinandersetzungen der rechtsradikalen Partei Alternative für Deutschland. Diese agiert zwischen „Marktradikalismus und ‚völkischem Antikapitalismus‘“ (Dietl, 2018) und vereint auf personeller wie auch auf inhaltlicher Ebene zwei sich diametral entgegenstehende Akteur*innen und Ansätze: Den völkisch-antikapitalistischen Flügel und eine Strömung, die, in abgeschwächter Form, eine rechtslibertäre Kritik staatlicher Institutionen vom Standpunkt einer total privatisierten „anarchokapitalistischen“

Eigentümer-Gesellschaft übt (Kellershohn, 2019, S. 18).

Der Historiker und Rechtsextremismusforscher Helmut Kellershohn zeigte diesbezüglich jüngst auf, dass innerhalb der deutschen Neuen Rechten vier bedeutende Netzwerke bestehen. Eines dieser Netzwerke ist das um die Zeitschrift *eigentümlich frei*. Dieser Zeitschrift und ihrem Netzwerk, bestehend aus Publizist*innen, Hochschullehrer*innen und Akteur*innen aus der freien Wirtschaft, kommt eine besondere Rolle zu, „weil sie eine im Vergleich zur sonstigen Neuen Rechten ausgesprochen antietatistische und extrem marktliberale Haltung (libertär [oder] ‚anarchokapitalistisch‘) einnimmt ...“ (Kellershohn, 2021, S. 5). Hierbei wird die libertäre Position mit wert- und nationalkonservativen Standpunkten verbunden, was innerhalb der Neuen Rechten zu neuen Allianzen und Bündnissen führt. In der Praxis besteht folglich bereits eine Verbindung zwischen der Neuen Rechten und den Libertären. Es bleibt weiterhin die Frage, wie diese Verbindung auf theoretischer Ebene gelingen konnte. Um sich dieser Frage zu nähern, werden im nächsten Schritt die Grundmerkmale des Libertarianismus vorgestellt.

Grundmerkmale und Bezugspunkte des Libertarianismus

Zunächst lässt sich festhalten, dass bestimmte (Vor-)Denker im Zusammenhang mit einer spezifischen nationalökonomischen Schule konstitutiv zur Begriffsbildung des Libertarianismus beitrugen: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, insbesondere der dritten und vierten Generation, verkörpert durch Ludwig Mises (1881–1973) und Friedrich August von Hayek (1899–1992) (Quaas & Quaas, 2013, S. 9). Die Theorien der beiden Ökonomen und Sozialphilosophen gelten, trotz aller innertheoretischen Differenzen, als Kern einer marktradikalen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie, auf die sich die allermeisten Libertären berufen (Cooper, 2021).

Diese ursprünglichen Theorien wurden durch weitere prominente Vertreter wie Milton Friedman, Robert Nozick und Murray Rothbard weiterentwickelt und zum Teil radikalisiert. Während sich Hayek sein Leben lang als Liberaler bezeichnete (Hayek, 2005, S. 492), verstand sich der frühe Nozick durchaus als Libertärer und Rothbard gar als Anarchokapitalist. Ihnen gemein sind jedoch spezifische Grundüberlegungen, die ihre Wurzeln im klassischen Liberalismus haben.

Privateigentum als Fundament rational-effizienter Gesellschaften

Der Libertarismus kann sich, trotz seiner unterschiedlichsten Ausprägungen und Facetten, auf eine Quintessenz einigen: (Staatlich-rechtlich) garantierte Sicherheit über die freie Verfügung von Privateigentum. Dies ist der Kern aller ökonomischen und sozialen Forderungen sowohl des Liberalismus als auch des Libertarismus. So schreibt Mises in seinem 1927 erschienenen Werk *Liberalismus*: „Das Programm des Liberalismus hätte also, in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu lauten: Eigentum, das heißt: Sondereigentum an den Produktionsmitteln Alle anderen Forderungen des Liberalismus ergeben sich aus dieser Grundforderung“ (Mises, 1927, S. 17). Durch (staatlich) gesicherte Eigentumsrechte und der daraus resultierenden freien Privatinitiative der Eigentümer*innen bzw. der Unternehmer*innen, ergäbe sich eine spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die in dieser Lesart nur alleinig prädestiniert für ökonomischen und sozialen, kurz gesellschaftlichen Fortschritt sei. Für Mises und weitere Vertreter*innen der Österreichischen Schule gilt somit „[d]er Kapitalismus als die einzig mögliche Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen“ (Mises, 1927, S. 25). Sondereigentum an Produktionsmitteln sei der Garant für gesellschaftliches Zusammenleben, jede andere Gesellschaftsform sei unmöglich und jeden Versuch Sondereigentum zu

beseitigen, müsse man „energisch bekämpfen“ (ebd., S. 77). Der Kapitalismus sei daher „die einzig denkbare und mögliche Gesellschaftsordnung“ mit der sich abgefunden werden müsse, „weil es eben keine andere geben kann“ (ebd., S. 78).

Der Kapitalismus als spezifische Wirtschafts- und Gesellschaftsform erscheint in dieser Interpretation als etwas Naturgesetzliches, etwas Unwiderlegbares, etwas Natürliches. Etwaige Alternativen existieren nicht: „entweder oder, entweder Sondereigentum an den Produktionsmitteln oder Hunger und Elend für alle“ (ebd., S. 78). Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Liberalismus dieser Interpretation ein spezifisches Feindbild ausmachen kann, bestehend aus Marxismus, Sozialismus und Kommunismus (ebd., S. 13–16). Auch Friedrich August von Hayek, ein Schüler Mises, sieht dies ähnlich: „Die Auseinandersetzung zwischen Marktordnung und Sozialismus ist nicht weniger als eine Überlebensfrage. Sozialistischen Moralvorstellungen zu folgen, hieße einen großen Teil der heutigen Menschheit zu vernichten und einen großen Teil der übrigen verarmen zu lassen“ (Hayek, 1996, S. 4). Sozialismus ist dieser Denkweise folgend jedoch ein sehr weit gefasster Begriff. So gelten bereits die Sozialdemokratie oder Gewerkschaften als sozialistische Agitatoren, vor allem weil sie die „freien Kräfte des Marktes“ beschränken oder zurückdrängen wollen (Mises, 1927, S. 70–74).

Der freie Markt als gesellschaftlicher Ordnungsmechanismus

Neben Privateigentum ist „der Markt“ der zweite zentrale Bezugspunkt einer libertären Wirtschaft und damit auch einer entsprechenden Gesellschaft: „Der Mechanismus des Marktes gibt der kapitalistischen Wirtschaft ihren Sinn“ (Mises, 1931, S. 10). Jegliche Eingriffe in das Marktgeschehen seien abzulehnen, da sie die „natürliche Ordnung“ stören, denn Eingriffe haben andere Preise zur Folge „als der Markt sie bilden würde“ (Mises, 1940, S. 229, zitiert nach Ötsch & Pühringer, 2015, S. 9). Das „Spiel des Marktes“ wird somit als perfekt dargestellt, welches stets die richtigen, die „wahren“ Ergebnisse erzielt, die nicht kritisier- oder hinterfragbar erscheinen. Der Markt verkörpert folglich „Freiheit“, während Eingriffe in den Markt oder gar Gegenentwürfe durch „Zwang“ charakterisiert werden. Vom Markt kann infolgedessen *ex definitione* kein Zwang ausgehen, sondern nur vom Staat oder anderen intervenierenden Akteur*innen (Ötsch & Pühringer, 2015, S. 10). Auch Hayek teilt diesen Marktbegriff, erweitert über die Jahre jedoch das Konzept um philosophische und handlungstheoretische Komponenten (vgl. Hayek, 2005):

„Der Markt‘ (als reale Ordnung) erscheint jetzt nicht als historisch kontingente Institution, sondern als das notwendige Produkt einer ‚natürlichen‘

Evolution. Die kulturelle Geschichte der Menschheit entpuppt sich somit als ein (simpel entworfener) Selektionsmechanismus mit dem Kapitalismus als Höhepunkt. (Ötsch & Pühringer, 2015, S. 13)

Markt und Privateigentum sind somit die Kernelemente einer liberalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie nach Prägung der Österreichischen Schule. Besonders der Markt wird zu einer Art Quasi-Religion stilisiert, da er als eine „natürliche“, objektive Tatsache wahrgenommen wird, welche durch Grundsätze wie das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen oder das der Preisbildung legitimiert wird. Alle sozialen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Probleme werden auf „Eingriffe“ in das „freie Spiel des Marktes“ zurückgeführt. Marktinterventionen seien daher „überflüssig, unnütz oder schädlich“ (Mises, 1929, S. 123).

Es ist demnach kaum verwunderlich, dass eine Operationalisierung des Begriffs „Markt“ ausbleibt, da ein mehrdeutiges Konzept, das kontextlos gesetzt wird und zugleich alle Kontexte erklären will, nicht operationalisiert werden kann. Dennoch wird „der Markt“ durchgehend als heilige Stätte „der Freiheit“, mit „der Politik“ oder „dem Staat“ als Gegenpart, wahrgenommen und interpretiert.

Freiheit und das Nicht-aggressionsprinzip

Individuelle Freiheit ist der normative Ausgangspunkt für den Libertarismus „denn Freiheit gibt es nicht ohne Individualität, und Individualität gibt es nicht ohne Eigentum“ (Radnitzky, 1998, S. 5). Freiheit und Eigentum bedingen sich somit gegenseitig. Diese Ansichten gehen vor allem auf die Naturrechtsphilosophie John Lockes zurück. Demnach sind Leben, Freiheit und (Privat-)Eigentum unveräußerliche Rechte erster Ordnung, welche den Naturzustand kennzeichnen (Elbe, 2010, S. 24). Der Freiheitsbegriff im Libertarismus ist primär negativ, im Zentrum steht folglich die Abwesenheit willkürlichen Zwangs. Freiheit ist demnach ein „Zustand, in dem ein Mensch nicht dem willkürlichen Zwang durch den Willen eines anderen oder anderer unterworfen ist (Hayek, 2005, S. 14). Individuelle Freiheit endet somit dort, wo die Freiheit eines anderen eingeschränkt wird. Es handelt sich also keineswegs um „*anything goes*“, vielmehr werden der Freiheit auch bestimmte Grenzen gesetzt.

Murray Rothbard spezifiziert den Freiheitsbegriff durch das Nichtaggressionsprinzip oder „nonaggression axiom“, welches besagt, dass „no man or group of men may aggress against the person or property of anyone else“ (Rothbard, 2006, S. 27). Aggression, welche gleichbedeutend mit

Invasion ist, wird hierbei definiert als die Anwendung oder Androhung physischer Gewalt gegen die Person oder das Eigentum einer anderen Person. Ein Individuum ist Eigentümer seiner Person, seiner körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten und der daraus resultierenden Sachvermögen. Es ist demnach frei, solange dieses Eigentum keinem Angriff ausgesetzt ist. Zusammengefasst: Jedes Individuum kann über sein Eigentum, über seinen Körper und über die Produkte seiner Arbeit frei verfügen und keine andere Person hat das Recht, sich diesem Eigentum zu bemächtigen bzw. es anzugreifen.

Eigenverantwortung und Vertragsfreiheit

Aus diesem Freiheitsbegriff resultiert eine streng individualistische Gesellschaftstheorie, in der jede*r Einzelne für sich und sein* ihr Leben vollumfänglich selbst verantwortlich ist. Eigenverantwortung und persönliche Leistung sind Determinanten individuellen Wohlergehens, negative Begleiterscheinungen wie Armut oder Ausbeutung sind entweder persönliches Schicksal oder beruhen auf freiwillig getroffenen Abmachungen bzw. Verträgen. Das Prinzip der Vertragsfreiheit ist daher eines der wichtigsten Grundsätze des Libertarismus. Eingriffe in die Freiheit respektive Eigentum sind nur dann zulässig, wenn beide Vertragspartner*innen dem

freiwillig zustimmen. Die libertäre Position ist gewissermaßen ein zugespitzter oder radikalisierter Liberalismus mit absolut „mündigen Bürger*innen“ als individuelle Akteur*innen. Konsequente Vertragsfreiheit ist das logische Resultat; Mehrwertproduktion, Arbeitsteilung oder gesellschaftliches Zusammenleben im Allgemeinen beruhen auf Freiwilligkeit. Ergo kann es keine objektiven Ungerechtigkeiten, beispielsweise in der Arbeitswelt, geben, da sämtliche Verträge (wie der Arbeitsvertrag) freiwillig zustande kommen und niemand, so die Theorie, zum Vertragsabschluss gezwungen wird.

48

Selbst wenn sich Hayek oder Mises nie selbst als Libertäre verstanden haben, können sie durchaus als solche bezeichnet werden. Libertarismus oder Markt-radikalismus sind gewissermaßen zwei Wörter für einen Begriff, sie bezeichnen eine „Radikalform des Liberalismus“ (Ottmann, 2012, S. 302), die sich aus dem Dualismus „Eigentum“ und „freier Markt“ speist und sich um den Kosmos „Freiheit“ bewegt. Freiheit, Eigentum und Markt sind somit die konstitutiven Elemente, die Heilige Dreifaltigkeit des Libertarismus, auf die sich trotz diverser unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen geeinigt werden kann. Der Libertarismus ist folglich streng individualistisch orientiert und befürwortet die Maximierung der individuellen Freiheit sowie ein uneingeschränktes Wirken des freien Marktes. Ob und welche Rolle

dem Staat zukommt, ist innerhalb dieser Strömung umstritten. Fundamentalistische Libertäre wie Murray Rothbard lehnen Staat und Herrschaft restlos ab, während „gemäßigte“ Libertäre wie Robert Nozick ebendiese auf ein absolutes Minimum reduzieren wollen. Ein strikter Anti-Paternalismus ist jedoch Konsens. Auf politischer Ebene stehen stets die Forderungen nach Deregulierung und Privatisierung sowie eine Opposition gegen den Wohlfahrtsstaat und Umverteilungspolitik im Zentrum. Die Erhebung von Steuern wird für viele Libertäre als staatlich-organisierter Raub betrachtet, da diese auf Zwang beruhe (Schilk, 2019, S. 640).

Libertarismus und die politische (Neue) Rechte. Querverbindungen, Überschneidungen, Gemeinsamkeiten

Während der klassische (Wirtschafts-) Liberalismus davon ausgeht, dass öffentliche Interventionen in die ökonomische Sphäre auf ein Minimum reduziert werden sollten, geht der Libertarismus meistens noch einen Schritt weiter und lehnt staatliche Eingriffe, wie am Beispiel Mises gezeigt wurde, kategorisch ab. Öffentliche Interventionen, beispielsweise durch Verbote, sind auch nach Hayek Eingriffe in das Leben der Menschen. Diese Eingriffe wiederum ziehen weitere Eingriffe nach

sich, bis schlussendlich die Freiheitsräume der Individuen komplett vernichtet würden (Karabelas, 2014, S. 157). Die einzige Legitimation des Staates besteht nach Auffassung der meisten Libertären (wenn überhaupt) darin, dass dieser die Sicherheit des Lebens, der Freiheit und des Eigentums zu gewährleisten habe. Nun ist Staatskritik weder ein Alleinstellungsmerkmal von Marktradikalen noch ein allgemeines Zeichen für die Ablehnung demokratischer Grundwerte oder gar Rechtsextremismus. Im Gegenteil: Kritik am staatlichen Handeln wird genauso von anderen liberalen oder linksorientierten Akteur*innen geübt, beispielsweise bei vergangenen Debatten um opferlose Straftaten.

Die innere Verwandtschaft von Liberalismus und Faschismus

In seinem 1934 erschienenen Text „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“ untersucht Herbert Marcuse die Wahlverwandtschaft zwischen dem (radikalen) Liberalismus und dem „heroisch-völkischen-Realismus“, also der faschistischen Weltauffassung. Marcuse zufolge finden sich in Mises' Schriften direkte positive Bezüge auf den Faschismus, beispielsweise dass „der Faschismus und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen ... für den Augenblick die europäische Gesinnung gerettet hat. Das Verdienst, das sich der Faschismus damit

erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben“ (Mises, 1927, S. 45). Zwar werde laut Mises der Faschismus, ebenso wie der Marxismus, untergehen, dieser positive Bezug ist jedoch durchaus auffällig.

Marcuse schlussfolgert ferner aus der Tatsache, dass faschistische Staaten die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft, basierend auf dem Schutz und Anerkennung des Sondereigentums sowie der Privatinitiative der Unternehmer*innen, grundsätzlich beibehalten haben, dass Liberalismus und Faschismus durchaus einige Ähnlichkeiten aufweisen (Marcuse, 1970, S. 23f.). Einigkeit bestehe bei beiden Weltanschauungen überdies in der Ablehnung und dem offenen Kampf gegen „Linke“, also Sozialist*innen, Marxist*innen und/ oder Kommunist*innen.

Fraglich bleibt, wie die Angriffe von Faschisten und Vertretern der Konservativen Revolution wie Ernst Krieck und Arthur Moeller van den Bruck gegen „Profitgier“, „raffendes Kapital“ oder den „kapitalistischen Ungeist“ mit einer Theorie übereinstimmt, die jenes Kapitalverhältnis als erstrebenswert betrachtet. Marcuse betont hierbei ausdrücklich den Unterschied einer personifizierten, regressiven Kapitalismuskritik, wie sie von Faschist*innen und anderen Neuen Rechten betrieben wird, und einer umfassenden (materialistischen) Systemkritik, die stets die gesamtgesellschaftliche Totalität, die „ökonomischen

Funktionen des Bürgers in der kapitalistischen Produktionsordnung“ (Marcuse, 1970, S. 25), im Blick hat. Da laut Marcuse der Faschismus den Kapitalismus nicht grundlegend ablehnt, und vor allem, weil er mit „der Grundstruktur [des Liberalismus – Anm. d. Verf.] weitgehend einverstanden [ist]“ (Marcuse, 1970, S. 24), sei die Differenz zwischen Liberalismus und Faschismus nur marginal. Angesichts der Tatsache, dass drei Jahrzehnte später Friedrich August von Hayek diverse autokratische Regime in Südamerika, allen voran Chile unter Augusto Pinochet Ende der 1970er-Jahre, öffentlich unterstützte, lässt sich Marcuses These zumindest teilweise bestätigen. Dass es sich dabei nicht um einen Ausreißer im Denken Hayeks handelt, kann man aus dessen Werk ableiten (Reichhold, 2018, S. 122–127). Eine Autokratie kann in libertärer Lesart demnach als mitunter notwendige ideologische Ergänzung zum Liberalismus gelten.

Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse

Eine spezifische naturalistische Interpretation der Gesellschaft ist für Herbert Marcuse nicht zuletzt eine weitere zentrale Gemeinsamkeit zwischen Faschismus und Liberalismus. Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt wurde, vertreten Hayek und insbesondere Mises in der Tat die Auffassung, dass der Markt und folglich die Gesellschaft

durch natürliche Gesetze geregelt würden. Marcuse fasst zusammen:

Der Liberalismus sieht hinter den ökonomischen Kräften und Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft ‚natürliche‘ Gesetze, die sich in ihrer ganzen heilsamen Naturhaftigkeit erweisen werden, wenn man sie nur frei und ohne künstliche Störung zur Entfaltung kommen lässt. ... Es gibt eine ‚Natur der Dinge‘, die unabhängig von Menschenwerk und Menschenmacht ihre ureigene Gesetzmäßigkeit hat, die sie durch alle Störungen hindurch immer wieder selbst herstellt. (Marcuse, 1970, S. 25f.)

Man müsse sich nur an diese „Naturgesetze“ anpassen und die Gesellschaft findet natürlicherweise ganz im Sinne der ökonomischen Theorie ihr Gleichgewicht. Im Zentrum des liberalistischen Systems findet sich laut Marcuse „die Rückinterpretation der Gesellschaft auf die ‚Natur‘ in ihrer harmonisierenden Funktion: als die ablenkende Rechtfertigung einer widerspruchsvollen Gesellschaftsordnung“ (Marcuse, 1970, S. 26). Wie im Liberalismus existiere auch im Antiliberalismus bzw. im Faschismus der Glaube an natürliche Gesetze im gesellschaftlichen Leben, was Marcuse an diversen Aussagen antiliberaler Denker wie Arthur Moeller van den Bruck, Benito Mussolini und Hans J. Wolff festmacht (Marcuse, 1970, S. 26f.).

Trotz ideengeschichtlicher Gemeinsamkeiten setzt Marcuse den Liberalismus mit dem Faschismus keineswegs gleich. Er erkennt an, dass der Liberalismus im strengen Gegensatz zum Faschismus eine rationale Theorie ist. Diese Rationalität erzeuge durch die „Privatisierung der Ratio“ (Marcuse, 1970, S. 31; Herv. im Orig.) jedoch irrationale Elemente und stoße aufgrund ihrer eigenen Entwicklung an gewisse Grenzen, die sie nicht überwinden könne. Sobald sich gesellschaftliche Gegensätze verschärfen oder ökonomische Krisen vermehrt auftauchen, also das „gesellschaftliche Gleichgewicht“ beginnt aus den Fugen zu geraten, greift laut Marcuse die liberalistische Theorie zu irrationalen Rechtfertigungen. Folglich ist es

der Liberalismus selbst, der den total-autoritären Staat aus sich ‚erzeugt‘: als seine eigene Vollendung auf einer fortgeschrittenen Stufe der Entwicklung. Der total-autoritäre Staat bringt die dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus entsprechende Organisation und Theorie der Gesellschaft. (Marcuse, 1970, S. 32)²

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der (radikale) Liberalismus trotz aller Unterschiede durchaus einige Anknüpfungspunkte an einen totalitär-autoritären Gesellschaftsbegriff hat. Vor allem die Vorherrschaft einer „Natürlichkeit der Dinge“, eine naturalistische Deutung der

Gesellschaft, bzw. der Anspruch gesellschaftliche Zusammenhänge über vermeintliche Naturgesetze zu erklären, sind konstitutiv für beide Theorien.

Eines dieser Naturgesetze in der völkisch-nationalistischen Auffassung ist das „Gesetz des Stärkeren“, gemeinhin auch bekannt als Sozialdarwinismus. Während die rechtsextreme Ideologie ein Volk oder eine bestimmte „Rasse“ als anderen überlegen stilisiert, erscheint die Annahme, in einer komplett individualisierten Gesellschaft, welche auf freier Konkurrenz und freiem Wettbewerb basiert, gelte dieses Recht in einer abgewandelten Form ebenfalls, durchaus plausibel. Dieser Annahme wird im Folgenden nachgegangen.

Antiegalitarismus und Leistungsideologie

Grundsätzlich handelt es sich beim Sozialdarwinismus um das Konzept der Biologisierung des gesellschaftlichen Geschehens (Decker & Brähler, 2006, S. 40). Es besteht die Annahme, die Konzepte der Biologie, insbesondere aus dem Tierreich, können mehr oder minder auf komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden. Folglich findet eine Biologisierung des Sozialen insofern statt, als eine „kausale“ Vorstellung über die Arterhaltung existiert, also dass der* die Stärkere sich durchsetzen muss, damit die Gattung

überleben kann. In der Konsequenz existiert eine gesellschaftliche Hierarchie mit schwachen Mitgliedern einer Gesellschaft am unteren Ende der Skala, die qua natürlicher Gesetzmäßigkeiten „ausgelesen“ werden (müssen) und starken Mitgliedern einer Gesellschaft am oberen Ende der Skala, die aufgrund spezifischer Merkmale den Selektionsprozess „überstehen“ und zur Erhaltung einer Population beitragen.

Eine gewisse Biologisierung des Sozialen bzw. die Übertragung natürlicher Gesetze auf gesellschaftliches Leben findet sich, wie bereits dargestellt, ebenfalls im Libertarismus, wenn „der Markt“ als objektive, natürliche Tatsache dargestellt und propagiert wird. Der Libertarismus baut jedoch nicht auf sozialdarwinistischen Konzepten per se auf; er teilt menschliches Leben nicht in „lebenswert“ und „lebensunwert“ ein. Er hat aber die Ungleichheit der Menschen als Ausgangspunkt: „Nun steht aber nichts auf so schwachen Füßen wie die Behauptung von der angeblichen Gleichheit all dessen was Menschenantlitz trägt. Die Menschen sind durchaus ungleich“ (Mises, 1927, S. 25).

Eine gewisse Hierarchisierung gesellschaftlichen Lebens findet dennoch statt, nämlich dann, wenn implizit von Leistungsfähigen oder Leistungsunwilligen gesprochen wird. Nach Hayek sind die meisten Menschen jedoch schlicht und ergreifend zu faul, um ihr volles Potential zu entfalten, von

daher bestehe auch keine Notwendigkeit sozialer Sicherung: „Zum mindesten ein sehr großer Prozentsatz der Menschen hat einen äußeren Druck nötig, wenn sie alle ihre Kräfte anspannen sollen“ (Hayek, 2014, S. 125). Somit bedürfe es, zumindest im Bereich der leitenden Tätigkeiten, „Strafen für Nachlässigkeit“ (ebd., S. 125), um Menschen zur Aktivität zu bewegen.

Hayek nimmt ferner an, es gebe einen bestimmten „Wert“ eines Menschen, der durchaus bestimmbar und über den Markt festgelegt sei. Die Festlegung eines Wertes des Menschen sei ein überhistorisches Ereignis und der daraus resultierende Wert eines Menschen bestünde überall (Oellers, 2017, S. 13). Sobald ein Wert existiert, ist dieser auch kategorisierbar das heißt es gibt höhere und niedrigere Wertigkeiten. Eine höhere Wertigkeit weisen die am Markt Erfolgreichen auf, welche Eigenschaften besitzen, die nachgeahmt werden und von denen alle profitieren (beispielsweise durch Schaffung von Arbeitsplätzen). Die Basis des Wohlstands, insbesondere der Erfolgreichen baut auf Anpassungen an vergangene Erfahrungen, „die sich durch selektive Ausmerzung weniger geeigneten Verhaltens ergeben haben“ (Hayek, 2005, S. 35) auf. Die am Markt Erfolgreichen gelten dementsprechend als gesamtgesellschaftliche Vorbilder, deren Position zu schützen sei (Oellers, 2017, S. 13f.). Ein Elitedenken basierend auf einer Leistungsideologie ist somit sowohl im Denken Hayeks als auch

in übergeordneten marktradikalen Theorietraditionen präformiert. Es findet sich hierbei eine Gemeinsamkeit des Rechtsextremismus mit dem Marktradikalismus: Die Verabsolutierung von Höchstleistung und die Glorifizierung von Konkurrenz, in welcher sich die Starken gegenüber den Schwachen durchsetzen sollen (und müssen, wollen sie am Markt bestehen), gelten als erstrebenswertes Ideal bzw. als natürliche Gesetzmäßigkeit. Damit einher geht die Notwendigkeit einer sozialen Selektion, die auf der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit der Gesellschaftsmitglieder fußt (Butterwegge, 2008, S. 206). Deutlich wird hierbei die Parallele zur Neuen Rechten, da deren Ideologie zum einen, wie eingangs gezeigt wurde, ebenfalls eine anti-egalitaristische ist. Zwar wird diese Annahme primär durch ethnische Kategorien bestimmt, zentral für diese Weltanschauung ist abseits dessen ein strikter Antiuniversalismus. Zum anderen wird (intellektuellen) Eliten sowohl bei der Neuen Rechten als auch im Libertarismus eine essenzielle Bedeutung zugesprochen. Während sie in der rechtsextremen Strömung maßgeblich zur Formierung einer intellektuellen Metapolitik und zur Schaffung einer kulturellen Hegemonie beitragen sollen, gelten sie in der marktradikalen Theorietradition als legitime Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie. Dass in dieser Annahme ein autoritäres Moment steckt, zeigte bereits Marcuse, denn „[d]er charismatisch-autoritäre Führergedanke ist

schon präformiert in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des ‚geborenen‘ Chefs“ (Marcuse, 1970, S. 32). Beiden Ideologien gemein ist die Glorifizierung gesellschaftlicher Elitevorstellungen, was aufgrund eines spezifischen Antiuniversalismus die logische Konsequenz ist.

Sozialdarwinismus als „Scharnier“ zwischen Faschismus und Marktradikalismus

Verabsolutierte Eigentumsrechte und eine konsequent durchgedachte libertäre Theorie führen darüber hinaus dazu, menschliches Leben als nicht zwangsläufig schützenswert zu betrachten. So spricht Murray Rothbard in seiner „Ethik der Freiheit“ Folgendes in aller Nüchternheit aus:

Applying our theory to parents and children, this means that a parent does not have the right to aggress against his children, but also that the parent should not have a legal obligation to feed, clothe, or educate his children, since such obligations would entail positive acts coerced upon the parent and depriving the parent of his rights. The parent therefore may not murder or mutilate his child, and the law properly outlaws a parent from doing so. But the parent should have the legal right not to feed the child, i.e., to allow it to die. The law, therefore, may not properly

compel the parent to feed a child or to keep it alive. (Again, whether or not a parent has a moral rather than a legally enforceable obligation to keep his child alive is a completely separate question.) This rule allows us to solve such vexing questions as: should a parent have the right to allow a deformed baby to die (e.g. by not feeding it)? The answer is of course yes, following a fortiori from the larger right to allow any baby, whether deformed or not, to die. (Though, as we shall see below, in a libertarian society the existence of a free baby market will bring such "neglect" down to a minimum.) (Rothbard, 2015, S. 100f.; Herv. im Orig.)

54

Der Mensch wird im Libertarismus somit auf seine bloße Existenz als Marktsubjekt, das sich im Tausch verwirklicht, reduziert. „Märkte für Babies“ sind in einer libertären Gesellschaft ein Markt wie jeder andere auch; Babies mit Behinderung kann man als Eltern ohne Konsequenzen sterben lassen oder sie dem Markt übergeben.

Das propagierte Modell einer „Marktgemeinschaft“, wie sie libertären Theoretiker*innen vorschwebt, trägt nicht nur autoritäre Züge (Ptak, 2008, S. 43, 60), sondern bildet auch Handlungsanleitungen und Legitimationskonzepte für die Ausgrenzung von Leistungsschwachen, was ebenfalls für den Rechtsextremismus konstitutiv ist (Butterwegge, 2008,

S. 216). Eine staatliche Unterstützung von Leistungsschwachen oder Armen ist nach libertärer Auffassung jedoch keinesfalls legitim, da zum einen der Staat selbst für die Armut verantwortlich ist (Blankertz, 1998) und zum anderen staatliche Umverteilung einen Raub an den „Enteigneten“ darstellt und darüber hinaus „das Schmarotzertum geradezu heraus[fordert]“ (Hülsmann, 1998, S. 99). Der Antiegalitarismus im Libertarismus ist somit der Hauptbestandteil einer verschwimmenden Grenze zum Sozialdarwinismus (Ptak, 2008, S. 73). Beiden ist das Unverständnis für die Leistungsunfähigen, Armen und sozial Benachteiligten sowie das Streben nach einem „perfekt-erfolgreichen Menschen“ (Malina, 2006) inhärent.

Während der Rechtsextremismus als faschistische Ideologie ganz offen die Vernichtung seiner Feind*innen formuliert und die Abschaffung der liberalen Demokratie zugunsten eines total-autoritären Führerstaates fordert, besteht der Libertarismus hingegen – zumindest in der Theorie – auf Eigentumsrechte und der Unverletzbarkeit des Eigentums und wendet sich gegen staatliche Maßnahmen respektive gegen Eingriffe des Leviathans in das Leben der Menschen und plädiert, ganz im Sinne einer rationalen Theorie – die jedoch, wie Marcuse veranschaulicht hat, an ihre Grenzen stößt – an die Vernunft jedes Einzelnen. Nichtsdestotrotz besteht, wie gezeigt wurde, eine gewisse

Verwandtschaft zwischen beiden Ideologien. So ist der Sozialdarwinismus als Theorie, der die bestehenden sozialen Ungleichheiten als naturgegeben rechtfertigt, mit einer libertären Gesellschaftstheorie, die die Menschen qua Leistungsfähigkeit hierarchisch ordnet, durchaus vereinbar. Der Libertarismus weist durch sozialdarwinistische Tendenzen sowie durch die Verabsolutierung angeblich objektiver „Marktgesetze“ Parallelen zum Rechtsextremismus auf, eine Ideologie, welche vor allem durch die Biologisierung des Sozialen gekennzeichnet ist. Der Sozialdarwinismus kann resultierend daraus als „Scharnier zwischen Faschismus und Marktradikalismus“ (Strobl, 2020) bezeichnet werden.

Fazit

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel zu prüfen, welche Gemeinsamkeiten zwischen marktradikalen bzw. libertären Theorien und (neu-)rechten Konzepten bestehen. Zentrale Merkmale der Neuen Rechten sind das Primat der Ungleichheit bzw. ein Antiuniversalismus, eine „Freund-Feind“-Dichotomie, das Postulat der Homogenität bzw. der Soziobiologie, ein völkischer Nationalismus sowie ein autoritärer Etatismus. Demgegenüber sind negative Freiheit, Eigentum und Markt die integralen Bestandteile einer radikal-liberalen politischen Philosophie, die zu natürlichen Gesetzmäßigkeiten stilisiert werden.

Wie gezeigt wurde, weist die radikal-liberalistische Theorie in ihrer Argumentation vor allem dann, wenn von „natürlichen Ordnungen“ gesprochen wird, Parallelen zu rechtsextremen Denkmustern auf. Des Weiteren fungiert der Sozialdarwinismus als „Scharnier zwischen Faschismus und Marktradikalismus“ (Strobl, 2020), da er sowohl im Libertarismus als auch im Rechtsextremismus, Menschen hierarchisch ordnet, jedoch mit unterschiedlichen Ausprägungen. Im Libertarismus sind es die „Leistungswilligen“, die an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide stehen und denen vorrangig demokratische Grundrechte, wie etwa das Wahlrecht, zugestanden werden, während „Leistungsunfähige“ oder „Leistungsunwillige“ als „Schmarotzer“ dargestellt werden, die vom politischen Prozess ausgeschlossen werden sollten. Der Markt in seiner naturalistischen Interpretation dient hierbei als Selektionsmechanismus. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht überdies in der Ablehnung von und dem bisweilen offenen Kampf gegen linksgerichtete Kräfte. Diese stören beispielsweise durch gesetzliche Regelungen wie Lohnuntergrenzen und Streiks, die „freien Kräfte“ des Marktes und verzerrern demnach die „natürliche Ordnung“, was es zu verhindern gilt.

Es lässt sich festhalten, dass der Libertarismus als Weltanschauung Anknüpfungspunkte an (neu-)rechtes Denken und bisweilen Parallelen zum Rechtsextremismus

aufweist. Sozialdarwinistische Ansichten, die Naturalisierung komplexer gesellschaftlicher Sachverhalte sowie die Ablehnung gegen alles „Linke“ sind die Hauptmerkmale sowohl einer rechtsextremen Ideologie als auch eines so formulierten Marktradikalismus. Implizit oder explizit geäußerte antidemokratische Umsturzphantasien sind keine Seltenheit innerhalb dieses Spektrums. Die Ziele und idealen gesellschaftlichen Organisationsvorstellungen der libertären und rechtsextremen Ideologie sind zwar unterschiedlich, der Status quo wird jedoch bei beiden Auffassungen abgelehnt. Darüber hinaus sind die jeweils gemeinsam geteilten Feindbilder, der liberale Verfassungsstaat zum einen sowie linksgerichtete Kräfte zum anderen, die verbindenden Elemente beider Auffassungen. Sowohl der Rechtsextremismus als auch der so formulierte Libertarismus streben die Überwindung der liberalen parlamentarischen Demokratie an, was in der Praxis zu einer Erweiterung des neurechten Spektrums und neuen Bündnissen innerhalb desselben führt. Dementsprechend sind weitere wissenschaftliche Studien zum Themenkomplex Libertarismus und Neue Rechte dringend angebracht. So wäre es beispielsweise notwendig und interessant zu erfahren, wie sich die libertären Netzwerke innerhalb des neurechten Spektrums konkret formatieren und welche personellen Verbindungen zwischen beiden Spektren insbesondere auf politischer Ebene existieren.

¹ Die Begriffe marktradikal, libertär oder radikal (wirtschafts-)liberal werden synonym verwendet.

² Der neue Autoritarismus hat jedoch auch neue Elemente, „die über die alte liberalistische Gesellschaftsordnung und ihre bloße Negation hinausweisen“ (Marcuse, 1970, S. 23.), namentlich den bereits angesprochenen „heroisch-völkischen Realismus“, der durch Universalismus, Naturalismus (Organizismus) und Existenzialismus gekennzeichnet ist. Auf die genaue Darstellung dieser Ideologie wird an dieser Stelle verzichtet.

LITERATUR

Barthel, M. & Jung, B. (2013). *Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*. Unrast.

Blankertz, S. (1998). Staat macht arm. Was die Armen arm macht. *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 68–82.

Butterwegge, C. (2008). Marktradikalismus und Rechtsextremismus. In C. Butterwegge, B. Lösch, & R. Ptak (Hrsg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen* (S. 203–223). Springer VS.

Cooper, M. (2021). The Alt-Right: Neoliberalism, Libertarianism and the Fascist Temptation. *Theory, Culture & Society*, 38(6), 29–50.

Decker, O. & Brähler, E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dietl, S. (2018). *Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“*. Unrast.

Elbe, I. (2010). Vom Eigentümer zum Eigentum. Naturrecht, Gesellschaftsvertrag und Staat im Denken John Lockes. In associazione delle talpe & Rosa Luxemburgstiftung Bremen (Hrsg.), *Maulwurfsarbeit. Aufklärung und Debatte, Kritik und Subversion*, (S. 22–36). Rosa Luxemburg Stiftung.

Griffin, R. (2000). Between metapolitics and apoliteia: The Nouvelle Droite's strategy for conserving the fascist vision in the ‚interregnum‘. *Modern & Contemporary France*, 8(1), 35–53.

- Hayek, F. A. von (1996). *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*. J. C. B. Mohr.
- Hayek, F. A. von (2005). *Die Verfassung der Freiheit*. Mohr Siebeck.
- Hayek, F. A. von (2014). *Der Weg zur Knechtschaft*. Lau-Verlag.
- Hoppe, H.-H. (2005, 24. Juni). „Freiheit statt Demokratie“. Der libertäre Vordenker und bekennende „Antidemokrat“ Hans-Hermann Hoppe über seine provokanten Thesen. *Junge Freiheit*. <https://www.jf-archiv.de/archiv05/200526062409.htm>
- Hoppe, H.-H. (2018, Februar). Libertäre und Alt-Right - Strategische Gedanken. *Sezession*, 20–25.
- Hülsmann, G. (1998). Brauchen wir staatliche Armenhilfe? *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 93–99.
- Karabelas, I. (2014). Liberaler Kapitalismus, Libertarismus und Kulturtheorie. Zur Bedeutung Friedrich August von Hayeks für das staatskritische Denken im ausgehenden 20. Jahrhundert. In M. Hochgeschwender & B. Löffler (Hrsg.), *Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (S. 151–170). transcript.
- Kellershohn, H. (2019). ‚Antikapitalismus‘ von rechts? – Die Neue Rechte und die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte in der AfD. *Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie*, 68, 13–30.
- Kellershohn, H. (2021). Neue Rechte und AfD. Vorüberlegungen zu einem Projekt über die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. *DJSS-Journal Sonderausgabe 4*, 4–7.
- Kemper, A. (2020a, 5. Mai). Degussa und die Antidemokratie. *Andreas Kemper*. <https://andreaskemper.org/2020/05/05/degussa-und-antidemokratie>
- Kemper, A. (2020b, 12. Mai). Atlas-Initiative – Teil 1. *Andreas Kemper*. <https://andreaskemper.org/2020/05/12/atlas-initiative-teil-1/>
- Krall, M. (2020, 26. August). *Dr. Markus Kralls Vision einer Republik der Freiheit. Rede anlässlich der Roland-Baader-Auszeichnung* [Video]. YouTube. <https://www.youtube.com/watch?v=IfQigShdODQ>
- Lichtschlag, A. F. (2003, Oktober). Für die libertär-konservative Sezession. *Sezession*, 36–40.
- Lichtschlag, A. F. (2006, 19. Juni). Entzieht den Nettostaatprofiteuren das Wahlrecht! *Die Welt*. <https://www.welt.de/print-welt/article153823/Entzieht-den-Nettostaatsprofiteuren-das-Wahlrecht.html>
- Lichtschlag, A. F. (2021). [Editorial] *eigentlich frei*, 24(211), 3.
- Malina, P. (2006). Auf der Jagd nach dem perfekt-erfolgreichen Menschen. Das sozialdarwinistische Gesellschaftsmodell als große Versuchung der Moderne. *schulheft*, 31(124), 10–27.
- Marcuse, H. (1970). Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In H. Marcuse (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft I* (S. 17–55). Suhrkamp.
- Mises, L. (1927). *Liberalismus*. Gustav Fischer.
- Mises, L. (1929). *Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsideo-logie der Gegenwart*. Gustav Fischer.
- Mises, L. (1931). *Die Ursachen der Wirtschaftskrise*. J. C. B. Mohr.
- Mohler, A. (1950). *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932. Grundriß ihrer Weltanschauung*. Vorwerk.
- Oellers, B. (2017). Konformität und Unterwerfung. Zum autoritären Charakter in der Lehre Hayeks. *Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*. https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Konformitaet_und_Unterwerfung.pdf
- Ötsch, W. O. & Pühringer, S. (2015). *Marktradikalismus als Politische Ökonomie: Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945*. (ICAE Working Paper Series, 38) Johannes Kepler University Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the Economy (ICAE).
- Ottmann, H. (2012). *Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert. Von der Kritischen Theorie bis zur Globalisierung*. J.B. Metzler.
- Pfahl-Traugher, A. (2006). *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*. Beck.

Pfahl-Traugher, A. (2019). *Was die „Neue Rechte“ ist – und was nicht. Definition und Erscheinungsformen einer rechtsextremistischen Intellektuellengruppe*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/284268/was-die-neue-rechte-ist-und-was-nicht>

Pfahl-Traugher, A. (2020). *Positionierung gegen den demokratischen Staat*. Blick nach Rechts. <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/positionierung-gegen-den-demokratischen-staat>

Ptak, R. (2008). Grundlagen des Neoliberalismus. In C. Butterwegge, B. Lösch & R. Ptak (Hrsg.), *Kritik des Neoliberalismus* (S. 13–86). Springer VS.

Puls, H. (2012). *Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD*. edition assemblage.

Quaas, F. & Quaas, G. (2013). *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Darstellung, Kritiken und Alternativen*. Metropolis.

Radnitzky, G. (1998). Für ein politikfreies Zusammenleben. „Against Politics“. *Aufklärung und Kritik Sonderheft 2*, 5–27.

Reichhold, C. (2018). *Wirtschaftsfreiheit als Schicksal. Das politische Denken Friedrich August von Hayeks als de-politisierte Ideologie*. De Gruyter Oldenbourg.

Rothbard, M. N. (2006). *For a new liberty. The libertarian manifesto* (2nd edition). Ludwig von Mises Institute.

Rothbard, M. N. (2015). *The Ethics of Liberty* (With a new introduction by Hans-Hermann Hoppe). NYU Press.

Salzborn, S. (2014). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Nomos; UTB.

Salzborn, S. (2017). *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Beltz Juventa.

Schilk, F. (2019). Rechtspopulismus in postindustriellen Gesellschaften. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32(4), 635–642.

Slobodian, Q. & Plehwe, D. (2020). Neoliberals against Europe. In W. Callison & M. Zachary (Hrsg.), *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture* (S. 89–111). Fordham University Press.

Strobl, N. (2020, 30. Mai). Der Hass auf alles Schwache. *der Freitag*. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/der-hass-auf-alles-schwache>

Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Klett-Cotta.

ZUM AUTOR

Elias Hechinger, 25, hat im Bachelor Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg und im Master Wirtschaftssoziologie an der Universität Trier studiert. Seine Interessenschwerpunkte sind Gesellschaftstheorie und -kritik, Politische Soziologie, Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie.

An dem Beitrag haben folgende Redaktionsmitglieder im Review, Betreuung und Lektorat mitgearbeitet: **Annabell Lamberth**, **Lucas Steger**, **Michelle Giez**, **Charlotte Huch** und **Andreas Schulz**.